

Anfrage Ruckstuhl betreffend ausserkantonale Spitalschulen

Ausserkantonale Spitalschulen: ist eine erneute kantonale Finanzierung denkbar?

Gemäss Artikel 89 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Graubünden sorgen der Kanton und die Gemeinden dafür, dass Kinder und Jugendliche einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Grundschulunterricht erhalten. Sie fördern durch ein angemessenes Bildungsangebot die Eingliederung von Kindern mit Behinderungen in die Gesellschaft. Das Recht auf Schulbesuch ist zudem auch in Art. 10 des Schulgesetzes festgehalten und auch die Bundesverfassung garantiert den Anspruch auf unentgeltlichen Grundschulunterricht. Weiter ist die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen untersagt.

Spitalschulen haben für Kinder mit chronischen Erkrankungen und wiederholten Hospitalisierungen einen hohen Stellenwert, um den Zugang zur Bildung zu gewährleisten und den Anschluss in den Herkunftsschulen sicherzustellen. Spitalschulen ermöglichen auch Gemeinschaft durch den Austausch mit Gleichaltrigen. Sie schaffen damit etwas Normalität im Ausnahmezustand. Gerade bei Bündner Kindern mit komplexen Erkrankungen erfolgt die Behandlung des Öfters zumindest teilweise ausserkantonale.

In der Praxis ergeben sich in der Schweiz immer wieder Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Besuchs von Angeboten einer Spitalschule durch hospitalisierte Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz ausserhalb des Standortkantons des Spitals (vgl. NZZ am Sonntag vom 31. Oktober 2021).

Der Kanton Graubünden galt bis vor wenigen Jahren als «Musterschüler», indem die Finanzierung auf kantonaler Ebene gewährleistet und somit auch einheitlich gesichert wurde. Nach Abschaffung dieser kantonalen Regelung hat sich das Bild gemäss Fachleuten diametral verändert: Einige Gemeinden kommen ihren Zahlungsverpflichtungen systematisch nicht nach. Die Regelung auf Gemeindeebene ist insofern unbefriedigend, als dass die Planbarkeit dort nicht gegeben ist: Die Eintretenswahrscheinlichkeit ist gerade für eine kleine Gemeinde gering, liegt aber ein Fall vor, kann dies eine substanzielle Auswirkung auf die Rechnung haben.

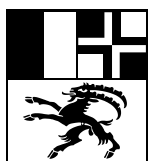
In gewissen medizinischen Programmen, die eine Hospitalisierung bedingen und bei denen der schulische Aspekt einen integralen Bestandteil darstellt, wird gerade bei knapper Platzzahl vermehrt diskutiert, ob die Kostengutsprache für die Schulkosten zu einer Aufnahmebedingung gemacht werden soll. Kinder von entsprechenden Bündner Gemeinden würden somit auch den Zugang zu medizinischen Angeboten verlieren.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt die Regierung die Bedeutung von Spitalschulen ein?
2. Ist der Regierung das Problem bekannt, dass Gemeinden die entsprechenden Rechnungen nicht bezahlen?
3. Kann die Regierung sich vorstellen, wieder auf eine kantonale Finanzierungslösung zurückzukommen und damit die einheitliche Finanzierung aller Bündner Kinder in ausserkantonalen Spitalschulen sicherzustellen?
4. Wie ist die Finanzierung der innerkantonalen Spitalschulen gewährleistet?

Chur, 21. April 2022

Ruckstuhl, Thür-Suter, Märchy-Caduff, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Brunold, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Crameri, Degiacomi, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Föhn, Gugelmann, Hardegger, Holzinger-Loretz, Jochum, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Preisig, Rettich, Rutishauser, Schmid, Thomann-Frank, Ulber, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wiesel, Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Costa, Gujan-Dönier, Tomaschett (Chur), van Kleef



Sitzung vom

13. Juni 2022

Mitgeteilt den

15. Juni 2022

Protokoll Nr.

528/2022

Anfrage Ruckstuhl

betreffend ausserkantonale Spitalschulen

Antwort der Regierung

In der Februarsession 2017 hat der Grosse Rat den Auftrag Caluori betreffend Finanzierung Spitalschule überwiesen und die Regierung insbesondere beauftragt, die gesetzliche Grundlage im Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz; BR 421.000) zu schaffen, welche das Führen einer Spitalschule regelt. Auf interkantonomaler Ebene hat im Juni 2021 der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) den Entwurf für eine neue Interkantonomale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonomale Spitalschulvereinbarung, ISV) in die Vernehmlassung gegeben. Frühestens Ende 2022 ist mit dem Start der kantonalen Beitrittsverfahren zu rechnen. Die ISV liegt im Kompetenzbereich der Regierung, welche zu gegebener Zeit den Beitritt prüfen wird.

Zu Frage 1: Die Regierung misst sowohl der inner- als auch ausserkantonomalen Beschulung von erkrankten oder verunfallten Schülerinnen und Schüler (SuS) sehr grosse Bedeutung zu. Erkrankte oder verunfallte SuS brauchen Unterrichtsangebote, die ihren individuellen kognitiven, sozialen und emotionalen Bedürfnissen angepasst sind. Mit anderen Worten haben SuS Anspruch auf einen angemessenen Unterricht. Bei kürzeren Aufenthalten zu Hause oder im Spital kümmert sich meist die Klassenlehrperson um diese angemessene Schulung. Bei längeren Aufenthalten, insbesondere in ausserkantonomalen Einrichtungen, ist ein Unterricht durch die zuständige Schulträgerschaft nicht oder nur mit grossem Aufwand durchführbar.

Zu Frage 2: Im Kanton Graubünden gibt es aktuell zwei Spitalschulen (im Kantonsspital und in der Jugendstation der Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden). Der Aufenthalt von SuS im Kantonsspital dauert in der Regel, im Gegensatz zu den meist längeren Aufenthalten in der Jugendstation, nur wenige Tage und für rund 95 % nicht länger als 15 Tage. Bei solchen Kurzaufenthalten ist das vorgängige Einholen einer Kostengutsprache für eine Spitalschulung administrativ aufwendig bzw. nicht immer

umsetzbar. Deshalb, aber auch aus anderen Gründen, gab es vereinzelt Schulträgerschaften, welche die Kosten für die Spitalschulung nicht übernahmen. Mit der aktuell getroffenen Lösung der Verrechnung der Schultage über die zwölf Gesundheitsversorgungsregionen konnte dieses Problem für Bündner SuS weitgehend behoben werden. Im Gegensatz dazu werden die Schultage der Spitalschulung der Jugendstation den Schulträgerschaften direkt verrechnet. Laut Auskunft gibt es verschiedene Schulträgerschaften, welche die Bezahlung verweigern (im Jahr 2021 insgesamt im Umfang von 60 000 Franken). Bei ausserkantonalen Spitalschulen, namentlich bei der wichtigsten Institution, dem Kinderspital Zürich mit insgesamt drei Spitalschulen, haben gemäss Auskunft in den vergangenen zwei Jahren alle Schulträgerschaften, mit einer Ausnahme, die Kosten vollständig übernommen. Bei ausserkantonalen SuS, welche eine Bündner Spitalschule besuchen, gibt es immer wieder ausserkantonale Gemeinden, welche die Kostenübernahme insbesondere im Kantonsspital ablehnen. Dieses Problem kann nicht mit der kantonalen Gesetzgebung gelöst werden, sondern voraussichtlich nur mit einem allfälligen Beitritt zur ISV.

Zu Frage 3: Die Regierung wird nach Vorliegen der definitiven Vereinbarung den Beitritt zur ISV prüfen. Im Zuge der anstehenden Teilrevision des Schulgesetzes wird die Kostenteilung zwischen Kanton und Schulträgerschaften geregelt werden. Sinnvollerweise erfolgt eine einheitliche Regelung der Kostenteilung. Der Auftrag Caluori fordert eine Aufteilung der Vollkosten hälftig auf Kanton und Schulträgerschaften. Für Schüler der Mittel- und Berufsschulen hat gemäss Auftrag Caluori der Kanton die Vollkosten zu tragen.

Zu Frage 4: Laut Schulgesetz sind die Schulträgerschaften für den Unterricht von kranken oder verunfallten SuS der Regelschule mit Aufenthalt auf ihrem Gebiet zuständig. Das heisst, SuS mit und ohne Behinderungen haben mit Rücksicht auf das begrenzte staatliche Leistungsvermögen Anspruch auf einen ausreichenden, nicht aber auf einen idealen und optimalen Unterricht. Die Schulträgerschaft kann die Schulung von beispielsweise hospitalisierten SuS selber vornehmen oder, sofern vorhanden, die betreffende Spitalschule mit dieser beauftragen. In letzterem Fall ist die Finanzierung der anfallenden Schultage gewährleistet.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Ruckstuhl concernent scolass en ospitals extrachantunals

Scolass en ospitals extrachantunals: èsi imaginabel da puspè revegnir a la finanziaziun chantunala?

Tenor l'art. 89 al. 2 da la Constituziun dal chantun Grischun procuran il chantun e las vischnancas ch'ils uffants ed ils giuvenils survegnian ina instrucziun da scola elementara che correspunda a lur capacitads. Cun ina purschida da furmaziun adequata promovon els ch'ils uffants cun impediments vegnian integrads en la societad. Il dretg da frequentar la scola è plinavant fixà er en l'art. 10 da la Lescha da scola, e la Constituziun federala garantescha che l'estrucziun fundamentala da scola è gratuita. Plinavant èsi scumandà da discriminar persunas cun impediments.

Las scolass en ospitals han ina gronda impurtanza per uffants cun malsognas cronicas e cun ospitalisaziuns repetidas. Ellas garanteschon ch'ils uffants hajan access a la furmaziun e possian suandar pli tard l'estrucziun en las scolass da derivanza. Las scolass en ospitals pussibiliteschan er cuminanza grazia al barat cun uffants da la medema vegliadetgna. Uschia procuran ellas per in pau normalitad en ina situaziun excepziunala. Gist uffants grischuns cun malsognas complexas vegnan savens tractads almain parzialmain ordaifer il chantun.

En la pratica resultan en Svizra adina puspè difficultads en connex cun la finanziaziun, sche purschidas da scolass en ospitals vegnan frequentadas da scolaras e scolars ospitalisads ch'èn domiciliads ordaifer il chantun da staziunament da l'ospital (cf. NZZ am Sonntag dals 31 d'october 2021).

Fin avant paucs onns valeva il Grischun sco «chantun exemplaric», perquai che la finanziaziun era garantida sin plaun chantunal ed uschia er segirada en moda unitara. Suent l'aboliziun da questa regulaziun chantunala è il maletg sa midà diametralmain tenor l'avis da persunas dal fatg: Intginas vischnancas n'adempleschan sistematicain betg lur obligaziuns da pajament. La regulaziun sin plaun communal è nuncunentaivla, perquai che la planisabladad n'è betg dada là: Gist per ina vischnanca pitschna èsi pau probabel ch'i dettia in cas. Sch'i dat dentant in cas, po quai avair consequenzas substanzialas per il quint.

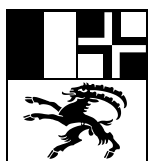
En tscherts programs medicinals, nua ch'i vegn premissa in'ospitalisaziun e nua che l'aspect da scola è in element integral, vegni discutà pli e pli savens, sche la garanzia per ils custs da scola duai daventar ina cundiziun d'admissiun, e quai gist en cas ch'il dumber da plazzas è stgars. Ils uffants da las vischnancas grischunas correspondentas perdessan uschia er l'access a purschidas medicinalas.

Sut quest aspect supplitgesch jau la Regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Co valitescha la Regenza l'impurtanza da scolass en ospitals?
2. Ha la Regenza enconuschientscha dal problem che las vischnancas na pagan betg ils quints correspondent?
3. Po la Regenza s'imaginar da puspè revegnir ad ina soluziun da finanziaziun chantunala ed uschia da garantir la finanziaziun unitara da tut ils uffants grischuns en las scolass en ospitals extrachantunals?
4. Co è garantida la finanziaziun da las scolass en ospitals entaifer il chantun?

Cuira, ils 21 d'avrigl 2022

Ruckstuhl, Thür-Suter, Märchy-Caduff, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Brunold, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Cramer, Degiacomi, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Föhn, Gugelmann, Hardegger, Holzinger-Loretz, Jochum, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Müller (Favugn), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Preisig, Rettich, Rutishauser, Schmid, Thomann-Frank, Ulber, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Wieland, Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Costa, Gujan-Dönier, Tomaschett (Cuira), van Kleef



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

13 da zercladur 2022

15 da zercladur 2022

528/2022

Dumonda Ruckstuhl

concernent scolas en ospitals extrachantunals

Resposta da la Regenza

En la sessiun da favrer 2017 ha il Cussegl grond acceptà l'incumbensa Caluori concernent la finanziaziun da la scola en l'ospital, incumbensond uschia la Regenza en spezial da stgaffir – en la Lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (Lescha da scola; DG 421.000) – ina basa legala che regla la gestiun d'ina scola en in ospital. Sin plaun interchantunal ha la suprastanza da la Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP) lantschà il zercladur 2021 la consultaziun tar il sboz d'ina nova Cunvegna interchantunala davart purschidas da scola en ils ospitals (CPSO). Las proceduras chantunalas da participaziun vegnan a cumenzar il pli baud la fin da l'onn 2022. La CPSO tutga al champ da cumpetenzza da la Regenza. La Regenza vegn ad examinar la participaziun, cur ch'igl è uschè lunsch.

Tar la dumonda 1: Per la Regenza èsi da fitg gronda impurtanza che scolaras e scolar (SeS) ch'èn vegnids malsauns u che han gì in accident, vegnian instruids tant entaifer sco er ordaifer il chantun. SeS ch'èn vegnids malsauns u che han gì in accident dovran purschidas d'instrucziun che correspundan a lur basegns cognitivs, socials ed emoziunals individuals. Cun auters plets han SeS il dretg d'ina instrucziun adequata. En cas da dimoras pli curtas a chasa u a l'ospital surpiglia per il solit la persuna d'instrucziun da classa questa instrucziun adequata. En cas da dimoras pli lungas, cunzunt en instituziuns extrachantunalas, n'èsi betg pussaivel per il purtader da scola responsabel da garantir l'instrucziun, u lura mo cun blera lavur e cun gronds custs.

Tar la dumonda 2: En il chantun Grischun datti actualmain duas scolas en ospitals (ina en l'Ospital chantunal, l'autra en la staziun da giuvenils da la Psichiatria d'uffants e da giuvenils dal Grischun). Cuntrari a las dimoras en la staziun da giuvenils, ch'èn per il solit pli lungas, dura la dimora da SeS en l'Ospital chantunal per regla mo paucs dis e per var 95 % dals cas betg pli ditg che 15 dis. Per talas dimoras curtas èsi administrativamain difficil resp. n'èsi betg adina pussaivel da dumandar ordavant

ina garanzia da surpigliar ils custs per l'instrucziun a l'ospital. Pervia da quai, ma er per auters motivs n'han singuls portaders da scola betg surpiglià ils custs per l'instrucziun a l'ospital. Cun la soluziun actuala da metter a quint ils dis da scola sur las 12 regiuns da provediment da la sanadad ha quest problem pudì vegnir schlià per gronda part per ils SeS grischuns. Cuntrari a quai vegnan ils dis da scola a la staziun da giuvenils mess a quint directamain als portaders da scola. Tenor las infurmaziuns han differents portaders da scola refusà da pajar ils quints (l'onn 2021 ina summa da totalmain 60 000 francs). Tar las scolas en ospitals extrachantunals – oravant tut tar l'instituziun la pli impurtanta, l'Ospital d'uffants da Turitg cun tut en tut trais scolas en l'ospital – han, tenor las infurmaziuns, tut ils portaders da scola surpiglià tut ils custs durant ils dus onns passads, cun in'exceptiun. En connex cun SeS extrachantunals che frequentan ina da las scolas en ils ospitals grischuns, datti adina puspè vischnancas extrachantunals che refusan da surpigliar ils custs, en spezial da l'Ospital chantunal. Quest problem na po betg vegnir schlià sur la legislaziun chantunala, mabain previsiblamein mo tras in'eventuala participaziun a la CPSO.

Tar la dumonda 3: Sunter che la cunvegna definitiva è avant maun, vegn la Regenza ad examinar la participaziun a la CPSO. En il rom da la proxima revisiun parziala da la Lescha da scola duai vegnir reglada la repartiziun dals custs tranter il chantun ed ils portaders da scola. I fa senn che la repartiziun dals custs vegnia reglada en moda unitara. L'incumbensa Caluori pretenda da reparter ils custs cumplains mez e mez sin il chantun e sin ils portaders da scola. Per ils SeS da las scolas medias e da las scolas professiunals sto – tenor l'incumbensa Caluori – il chantun surpigliar ils custs cumplains.

Tar la dumonda 4: Tenor la Lescha da scola èn ils portaders da scola cumpetents per l'instrucziun da SeS da la scola regulara, sch'els èn vegnids malsauns u han gì in accident ed han lur dimora sin lur territori. Quai vul dir che SeS cun u senza impediments han – tegnend quint da la capaciad da prestaziun statala limitada – il dretg d'ina instrucziun suffizienta, ma betg d'ina instrucziun ideala ed optimala. Il portader da scola po per exempel instruir sez ils SeS ospitalisads u – sche l'ospital respectiv dispona d'ina scola – incumbensar tala cun l'instrucziun. En quest cas è garantida la finanziaziun dals dis da scola che resultan.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Interpellanza Ruckstuhl concernente le scuole all'interno di ospedali extracantonali

Scuole all'interno di ospedali extracantonali: è presumibile tornare a un finanziamento cantonale?

Secondo l'articolo 89 capoverso 2 della Costituzione del Cantone dei Grigioni, il Cantone e i comuni fanno in modo che i bambini ed i giovani ricevano un'istruzione scolastica di base adeguata alle loro capacità. Promuovono, tramite un'offerta formativa adeguata, l'integrazione sociale di bambini handicappati. Il diritto a frequentare la scuola è sancito inoltre dall'art. 10 della legge scolastica e la Costituzione federale garantisce a sua volta il diritto all'istruzione scolastica di base gratuita. Inoltre, la discriminazione di persone con disabilità è vietata.

Le scuole all'interno degli ospedali sono molto importanti per i bambini con malattie croniche e che devono essere ripetutamente ospedalizzati. Esse garantiscono l'accesso all'istruzione e permettono di tenere il passo con la scuola d'origine. Le scuole all'interno degli ospedali consentono anche ai bambini di socializzare grazie allo scambio con coetanei. In questo modo creano un senso di normalità in una situazione eccezionale. Proprio nel caso di bambini grigionesi con malattie complesse, sovente il trattamento avviene, almeno in parte, fuori Cantone.

Nella prassi, in Svizzera sorgono ripetutamente difficoltà in relazione al finanziamento della frequenza di offerte di una scuola all'interno di un ospedale da parte di allievi ospedalizzati domiciliati fuori Cantone in cui si trova l'ospedale (cfr. NZZ am Sonntag del 31 ottobre 2021).

Fino a pochi anni fa, il Cantone dei Grigioni era considerato un «allievo modello», essendo il finanziamento garantito a livello cantonale e quindi in maniera uniforme. In seguito all'abolizione di questa regolamentazione cantonale, stando agli esperti il quadro è ora diametralmente opposto: vi sono comuni che sistematicamente vengono meno ai loro obblighi di pagamento. La regolamentazione a livello comunale non è soddisfacente in quanto a quel livello non è data la possibilità di pianificazione: proprio per un piccolo comune, la probabilità di insorgenza è bassa, ma se un caso dovesse verificarsi esso potrebbe avere un impatto notevole sul bilancio.

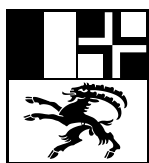
In determinati programmi medici che richiedono un'ospedalizzazione e nei quali l'aspetto scolastico rappresenta una parte integrante, proprio in caso di scarsità di posti disponibili si discute sempre di più se la garanzia di assunzione dei costi della scuola debba essere resa una condizione di ammissione. In questo modo, i bambini dei corrispondenti comuni grigionesi perderebbero anche l'accesso alle offerte mediche.

In considerazione di queste premesse invito il Governo a rispondere alle seguenti domande:

1. Come valuta il Governo l'importanza delle scuole all'interno degli ospedali?
2. Il Governo è al corrente del problema legato al fatto che alcuni comuni non pagano le fatture corrispondenti?
3. Il Governo può immaginare di tornare a una soluzione di finanziamento cantonale e di conseguenza di garantire il finanziamento uniforme per tutti i bambini grigionesi nelle scuole all'interno di ospedali extracantonali?
4. Come viene garantito il finanziamento delle scuole all'interno di ospedali intracantonali?

Coira, 21 aprile 2022

Ruckstuhl, Thür-Suter, Märchy-Caduff, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Brunold, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Cramer, Degiacomi, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Föhn, Gugelmann, Hardegger, Holzinger-Loretz, Jochum, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Preisig, Rettich, Rutishauser, Schmid, Thomann-Frank, Ulber, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Wiedland, Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Costa, Gujan-Dönier, Tomaschett (Coira), van Kleef



Seduta del
13 giugno 2022

Comunicato il
15 giugno 2022

Protocollo n.
528/2022

Interpellanza Ruckstuhl

concernente le scuole all'interno di ospedali extracantonali

Risposta del Governo

Nella sessione di febbraio 2017 il Gran Consiglio ha accolto l'incarico Caluori concernente il finanziamento della scuola dell'ospedale e ha incaricato il Governo in particolare di creare nella legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (legge scolastica; CSC 421.000) una base legale che disciplini la gestione di una scuola in ospedale. A livello intercantonale, a giugno 2021 il comitato direttivo della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE) ha posto in consultazione la bozza per un nuovo accordo intercantonale per le offerte scolastiche all'interno di ospedali (accordo intercantonale sulle attività scolastiche in ambito ospedaliero AASO). L'avvio della procedura di adesione cantonale non è da attendersi prima di fine 2022. L'AASO rientra nella competenza del Governo, che esaminerà l'adesione a tempo debito.

In merito alla domanda 1: il Governo attribuisce un'importanza molto elevata all'istruzione scolastica di allievi malati o infortunati, sia essa impartita nel Cantone o al di fuori di esso. Gli allievi malati o infortunati hanno bisogno di offerte di insegnamento che siano adeguate alle loro esigenze cognitive, sociali ed emotive individuali. In altre parole, gli allievi hanno diritto a ricevere un'istruzione adeguata. In caso di brevi degenze a casa o in ospedale, a occuparsi di tale istruzione scolastica adeguata è di solito l'insegnante di classe. In caso di degenze più lunghe, in particolare in strutture extracantonali, un insegnamento da parte dell'ente scolastico competente non è possibile o è possibile solo con un grande onere.

In merito alla domanda 2: attualmente, nel Cantone dei Grigioni ci sono due scuole all'interno di ospedali (presso l'Ospedale cantonale e nel reparto per adolescenti di Psichiatria infantile e giovanile dei Grigioni). Di norma, a differenza delle degenze solitamente più lunghe nel reparto per adolescenti, nell'Ospedale cantonale la degenza degli allievi ha una durata di soli pochi giorni e per circa il 95 % non dura più di 15 giorni. Per tali degenze di breve durata, procurarsi in anticipo un'assunzione dei costi per un'istruzione scolastica in ambito ospedaliero comporta un elevato onere

amministrativo e non è sempre attuabile. Pertanto, ma anche per altri motivi, singoli enti scolastici non si sono fatti carico dei costi per l'istruzione scolastica in ambito ospedaliero. Con la soluzione attualmente adottata della fatturazione dei giorni di istruzione scolastica tramite le dodici regioni di assistenza sanitaria è stato possibile risolvere in larga misura questo problema per gli allievi grigionesi. Al contrario l'istruzione scolastica in ambito ospedaliero impartita nel reparto per adolescenti viene fatturata direttamente agli enti scolastici. Stando alle informazioni, ci sono diversi enti scolastici che si rifiutano di pagare (nel 2021 per un totale di 60 000 franchi). Per quanto riguarda le scuole all'interno di ospedali extracantonali, segnatamente presso l'istituto più importante, vale a dire l'ospedale pediatrico di Zurigo con un totale di tre scuole all'interno dell'ospedale, stando alle informazioni in nostro possesso negli scorsi due anni tutti gli enti scolastici si sono fatti carico completamente dei costi, con una sola eccezione. Per quanto riguarda gli allievi provenienti da un altro Cantone che frequentano una scuola all'interno di un ospedale grigione ci sono sempre comuni extracantonali che rifiutano di farsi carico dei costi, in particolare presso l'ospedale cantonale. Questo problema non può essere risolto con la legislazione cantonale, bensì presumibilmente solo con un'eventuale adesione all'AASO.

In merito alla domanda 3: dopo la presentazione dell'accordo definitivo, il Governo esaminerà l'adesione all'AASO. Nel quadro dell'imminente revisione parziale della legge scolastica sarà disciplinata la ripartizione dei costi tra Cantone ed enti scolastici. È opportuno che la regolamentazione relativa alla ripartizione dei costi sia uniforme. L'incarico Caluori chiede una ripartizione dei costi in ragione della metà ciascuno tra Cantone ed enti scolastici. Secondo l'incarico Caluori, il Cantone deve assumersi la totalità dei costi per gli allievi delle scuole medie e professionali.

In merito alla domanda 4: conformemente alla legge scolastica, gli enti scolastici sono competenti per l'istruzione degli allievi malati o infortunati della scuola regolare che soggiornano sul loro territorio. Ciò significa che gli allievi, disabili o meno, tenendo conto delle limitate capacità dello Stato, hanno diritto a un'istruzione sufficiente, non però a un'istruzione ideale od ottimale. Ad esempio, l'ente scolastico può occuparsi direttamente dell'istruzione di allievi ospedalizzati oppure, se esiste, incaricare la scuola all'interno dell'ospedale interessato di occuparsene. In quest'ultimo caso, il finanziamento dei giorni di insegnamento è garantito.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin